

Die russische Lebensgewohnheit war schon immer der Grundlag: kommt da heute nicht, kommt da morgen. Das hat Deutschland auch bei dem im Herbst 1919 in Polen abgesetzten Gerechtigkeit, nach dem von mehreren Millionen Preussener Kartoffeln geliefert werden sollten. Die polnischen Kartoffeln sind aber trotz des mittern Jahresantrags nicht gekommen und Tausende von Deutschen haben deshalb hungern müssen. In Warschau will man eben noch Geld herausfragen. Jetzt, wo die Spekulation sich beruhigen stellt, sind die Kartoffeln geliefert. Man muß fragen: Waren keine Verweigerungen gegen Polen möglich? Wir verstehen es nicht, mit fremden Willen so umzugehen, wie sie es verdienen. Es ist aber dringend nötig, daß wir es lernen!

Die russische Offensive an der Westfront zusammengebrochen? Die russische Generalstabsoberleitung meidet: Auf Grund der zuletzt eingegangenen Meldungen kann die bolschewistische Offensive an der oberen Weichsel als abgeklungen angesehen werden. In der Ukraine, zwischen Dnieper und Dniestr haben die Polen nicht nur alle feindlichen Angriffe abgewehrt, sondern sie haben im Sommer 1920 auch die Kiewer Armee und Jochowitsch. Das berühmte Kavalleriekorps des General Budenny, die letzte Hoffnung der Roten Armee, ist vollständig geschlagen worden. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz in der Gegend von Lwow lebte die bolschewistische Front. Ein Vorstoß am Karpaten gegen Wolodarskoi brachte den linken Flügel der Bolschewisten zum Weichen. Die Operationen werden von Marschall Blücher geleitet und gehen dank der vortrefflichen Verfassung der Truppen gut vorwärts. Auf der Westfront vor Moskau besetzen die Polen Wladimir und die anderen linken Flügel der Linie zwischen der Westfront und dem Dnieper. Zwischen Dnieper und Dniestr drang eine Kavalleriedivision der Bolschewisten vor den polnischen Linien zusammen. Eine Division wurde vollständig vernichtet. Eine Brigade, die vollständig eingeschlossen wurde, legte die Waffen nieder. — Demgegenüber berichtet der bolschewistische Generalstab vom 5. Juni: Jährliche Stellungskämpfe an der ganzen polnischen Front. In der Umgebung des Städtchens Kriewitz besetzten bolschewistische Abteilungen den linken Weichselarm der Polen, die von Tanks und schwerer Artillerie reichlich unterstützt worden sind. Es gelang den roten Truppen, einige Orte zu besetzen. In der Gegend von Kiew dauern die Kämpfe fort.

Das russische Gold. Schon vor dem Kriege war es bei den russischen Finanzverwaltung, die zu Hause mit Papiergeldern reichlich, billig, erhebliche Goldvorräte, zum erheblichen Teile im Ausland, für gegenwärtig vorläufige Verwendung aufzubewahren. Der Bar und die Mitglieder seines Hauses haben von diesen Goldoperationen ebenfalls großen Nutzen gehabt. Die bolschewistische Regierung ist dem Beispiel ihrer Vorgängerin gefolgt, sie hat aus den Goldbeständen im Ural Schätze gesammelt, während die Barriere abgetrennt nicht geschäftig, sondern mit der Waagohle abgemessen wurden. Auf dieses russische Gold spekuliert Frankreich, das von Russland viele Millionen reichliche Sinesen zu fordern hat, und es geht in seinen Ansprüchen so weit, daß es anderen Staaten anbietet, russisches Gold in Umlauf zu bringen. Es ist einfach ist die Sache aber doch nicht: wenn Frankreich aus zweifelslos einen Rechtsanspruch auf das russische Edelmetall hat, so kann es in fremden Staaten doch höchstens im Wege der Zwangsverwaltung des Goldes Maßnahmen lassen, das nachweislich Eigentum des russischen Staates ist, und das wird oft sehr schwer sein. Mit dem allgemeinen Verbot der Annahme russischen Goldes, um das sich die Schieber nicht kümmern können, schnitten sich die Franzosen ins eigene Fleisch.

Ein französisch-russischer Konflikt. Die beiden Mächte sind im Hinblick auf die Operationen der Alliierten in einem einen Konflikt kommen zu sollen. Es handelt sich um den Wunsch der Alliierten, an Schweden zu kommen, während Finnland die Alliierten als feindlich betrachtet. Die Alliierten haben vor kurzem sich diesen Wunsch in einer feierlichen Erklärung den Schweden aufkommen lassen, ebenso der Friedenskonferenz. Die schwedische Regierung hat die Friedenskonferenz beim Obersten Rat zu. Doch sind die beiden beteiligten Regierungen jetzt schon ziemlich ernst aneinandergeraten. Anlässlich der Verhandlung der beiden Alliierten Sundbom und Björman erhielt der schwedische Gesandte in Helsinki den Auftrag von seiner Regierung, bei der finnischen Regierung Verweigerungen zu erheben, die Schweden nicht als einmütigen, inwiefern die Verhandlung von dem Schicksal der Alliiertenverwaltung veranlaßt wurde, die sich an Schweden, die Friedenskonferenz und die Großmächte gewandt hat, meinet ihres Rechtes, sich durch Volksab-

nimmungen über ihre Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die finnische Regierung hat ebenfalls der schwedischen Regierung anlässlich des Alliierten einen Brief geschickt, in dem darauf verwiesen wurde, daß ein erstes finnisches Truppenkontingent ist bereits in Italien gelandet. Inzwischen der Ausbildung des Alliiertenkontingents herrscht große Verwirrung. Es wird sogar von der Möglichkeit eines Krieges gesprochen.

Die französischen Richter, die auf gefällige Aussagen hin deutsche Offiziere wegen Diebstahls und Mordes während des Krieges zu langjährigen oder lebenslangen Strafen verurteilt haben, sollten einmal in der Geschichte ihres eigenen Landes blättern, wo sie finden, daß französische Offiziere und Soldaten in fremden Länder nach eigener französischer Bestimmung schuldig gehalten haben. Alle französischen Soldaten in Deutschland waren zugleich große Raubzüge, in welchen das Geld schiffelweise und die Mobilisierungen in Wagenladungen fortgeschafft wurden und außerdem mitwichtig vernichtet wurde, was nicht transportiert werden konnte. Aber auch sonst haben die Franzosen sich nicht geniert. Im französisch-englischen Feldzug gegen China vor 60 Jahren hat der französische General Cousin de Montauban, der spätere Marschall Graf Pelellou, mit seinen Soldaten den ganzen kaiserlichen Sommerpalast bei Peking ausgeplündert. Und unsere Offiziere werden auf ähnliche Verdrängungen hin verurteilt.

Türkei. Der Artikel wurde von der Türkei geteilt, daß für die Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Frist von 15 Tagen gesetzt sei.

Albanien. Nach seitlichen Vorkommnissen hat die Bewegung der Albaner gegen die in Albanien stationierten italienischen Truppen angefangen. Die Albaner haben schon einige englische Verträge in Albanien geschlossen.

Washington. Trotz des ausgegebenen Tenentis beharrt man darauf, daß der Gesundheitszustand Wilsons sich in beunruhigender Weise fortzubehalten vermag.

Japan. Der japanische Minister hat den bisherigen Vorkämpfer in Washington, Grafen Ishii, zum Vorkämpfer für Japan ernannt.

Nur Lage.

Die erhöhten Beamtenbesätze. Die Gesetze über die Verbesseerungen der Dienstleistungen der preussischen Beamten sollen diesen so hoch als möglich umgesetzt werden. Sofort nach deren Verkündung sollen die erhöhten Besätze an die Beamten im Dienste ebenso wie an die Wartegeldempfänger, Aufgabekontingente und Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. April an Stelle des bisherigen Dienstverhältnisses und der bisherigen Versorgungsbezüge einschließlich sämtlicher Zulagen ausbezahlt werden. Am 1. April an Stelle des bisherigen Besatzes der neuen Regelung abgebaut zu werden, ist angedacht worden, das mit gewissen Ausnahmen von der Durchführung des Versorgungsdienstafters vorläufig abgelehnt wird. Die Anweisung wird in diesen Fällen ausdrücklich als eine vorläufige bezeichnet. Die Landesverwaltung hat für die Nachprüfung sämtlicher Versorgungsbezüge vorzulegen. Die Besätze der neuen Regelung abgebaut zu werden, ist angedacht worden. Die ausführenden Stellen sind aber mit einzelnen Anweisungen für die neuen Dienstbesätze versehen worden.

Die deutschen Beamten in der ersten Zone. Bezüglich des vorläufigen Verbleibens eines Teiles der deutschen Beamten in der ersten Zone ist zwischen Deutschland und Dänemark vereinbart, daß die Beamten ihre Gehälter von den dänischen Behörden bis heute weiter erhalten und außerdem von Dänemark mit Rechnung vom 20. Mai an Zulagen in Höhe von 50 Prozent der gesamten Bezüge und zwar in Kronen angedreht nach dem Friedenskurs. Die dänische Regierung hat den Beamten alle bisherigen Rechte zugesichert. Sie werden auch nach den dänischen Behörden hinsichtlich unterrichtlicher Maßnahmen keine Änderungen mehr werden. Die Beamten werden bis zum 1. Juli in ihren jetzigen Stellen, die Beamten und Lehrer in höheren Schulen bis Ende Juni.

Die Vereidigung der Zahnbeamten. Nachdem die Staatsbehörden in den Besitz des Reiches übergegangen sind, müssen nunmehr die Zahnbeamten den Reichsbehörden vereidigt werden, damit sie ihre Amtstätigkeit in den preussischen Staatsämtern ausüben. Der Eid lautet: „Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Befehlen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“ Bei den ebenfalls eidespflichtigen Zahnbeamten ist eine Vereidigung nur erforderlich, soweit sie den Vereidigungszeit nach

nicht geleistet haben. Für die Vereidigung der Beamten und Beamtenwärter sowie der Zahnärztlichen, die als Reichsbeamte über Staatsämtern beschäftigt werden, ist bereits Bestimmung getroffen. Ueber die Vereidigung des Eides ist ein kurzer Vermerk in den Personalakten aufzunehmen.

Ein eigenartiger Wahlzweckfall. In einem merkwürdigen Zwischenfall kam es bei der Reichstagswahl in S und i b u r a, Kreis Neuhaldensleben. Gegen 1 1/2 Uhr erschien im Wahlbüro der Amtsvorsteher von Hundsbürg und stellte dem Gemeindefunktionär denselben vor, daß ein Teil der Wähler nicht in den Listen stünde. Er gab seiner Vermutung Ausdruck, daß die fehlenden Personen absichtlich nicht aufgenommen worden seien. Diese Vermutung führten zu Streitigkeiten, in deren Verlauf zu Schlägereien. Der Wahlvorsteher, Gemeindevorsteher Schmidt, sprach darauf die Wahlhandlung ab, enterte die Zettel aus der Wahlurne und verbrannte sie. Hundsbürg hat 700 Wählerstimmen.

Gegen die Vernehmung sächsischer Truppen nach Polen. Infolge der Bestimmungen der französischen Regierung, durch Entsendung sächsischer französischer Truppen vermittelte der deutsche Eisenbahnchef von den Russen bedrängten Polen zu Hilfe zu eilen, hat die Leitung der Generalschaft Deutscher Eisenbahnen und Staatsbediensteter beschlossen, ihren Mitarbeitern die glatte Vernehmung von Diensten zur Vernehmung von Eisenbahnen für Polen gegen Russland zu besetzen.

Die Kritik zur Erneuerung der Reichsstaatsanwaltschaft beim Reichsgericht. Die Erneuerung der Reichsstaatsanwaltschaft beim Reichsgericht ist nur noch bis zum 30. Juni. Mit Rücksicht auf die erheblichen Rechtsangelegenheiten, welche durch die verspätete Ernennung von Herberichsen erwachsen können, machen wir unsere Leser hierauf besonders aufmerksam.

Meine politische Nachrichten.

Der 11. Die Reichsstaatsanwaltschaft wird am Freitag den 11. Juni vormittags 10 Uhr, im Plenarsitzungsraum des Reichstages eröffnet.

Die obersten Justizbeamten und Richter haben beschlossen, ihren Dienst in der nächsten Woche wieder aufzunehmen.

Eine christliche französische Kurzwort.

Genf, 8. Juni. Der französische Senator Mause, der von seiner Regierung zur Annahme der von Deutschland abzufirenden Reichsstände abgeordnet worden ist, hat der französischen Akademie der politischen Wissenschaften, der er angehört, Bericht erstattet über das durchaus befriedigende Ergebnis der bisherigen Verhandlungen. Er erkant an, daß Deutschland bereits mehr als die Hälfte der von ihm verlangten Forderungen abgelehnt hat, und daß ihre Qualität die Nachteile in den Kriegsjahren Norddeutschlands im höchsten Grade befriedigt. Uebersicht erkennt man ihre ausgezeichnete Qualität an. — So heißt es in dem Bericht des Herrn Mause. Das wird aber die französische Presse nicht hindern, noch mehrmals die Beschiebung zu wiederholen, daß Deutschland immer noch „trine einzige“ der ihm auferlegten Verpflichtungen erfüllt habe.

Die deutschen Gefangenen in Rußland.

Nach einer Sonderer Meldung erklärte Krasen einem Mitarbeiter des Dnieper, in Sib e r befinden sich wahrscheinlich 160. bis 180.000 deutsche und österreichische Kriegsgefangene. Einige Tausende haben seien in Tschukotka, deren Heimat für die größten Schwierigkeiten verursacht. Im Winter verließen trotz Mangel an Lebensmittel regelmäßig Züge mit Kriegsgefangenen zwischen Wladiwa und Kamtschatka die Behandlung der Kriegsgefangenen in Rußland lasse nichts zu wünschen übrig.

Prüfung und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 9. Juni 1920.

Das kuerperliche Einkommen.

Die zulässigen Abzüge. Jetzt wird die Verordnung des Reichsfinanzministers veröffentlicht, durch die die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über den Abzug der Einkommensteuer von Lohn mit dem 25. Juni 1920 in Kraft getreten ist. Wir haben dies bereits vor einigen Tagen mitgeteilt und geben in folgender eine Aufstellung, was zum Einkommen gehört. Die Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Grundbesitz, Geschäftsgewinn, aus jeder Verdienste, insbesondere auch aus Pensionen und Zinsen, ganz gleich,

Was sagen Sie da? — rief sie erstickt. „Jesse und aber da schäme dich dummes Zeug mit mir! Da will ich doch auch gleich.“

„Hab von ihrem guten Herzen getrieben, eilte sie auf die Tür zu, durch die die Damen sich vorher entfernt hatten. Sie hielt sie notfalls zurück.“

„Wohin wollen Sie denn, doch nicht etwa —?“

„Ja, freilich, die Damen müssen's doch erfahren. Mit a Stun länger darf die Frau um ihrem Mann trauern.“

„Schon recht, aber das g h nicht so ohne Vorbereitung. Die kann ja der Schlag treffen vor Freude und Schreck. Darum habe ich's Ihnen ja gesagt, daß Sie mir helfen sollten. Aber man muß das diplomatisch machen, langsam vorwärts nach und nach.“

„In diesem Augenblick rief die Käsin um zum Tischchen. Und Frau Linder, die sich wohl etwas unangenehm Benehmen gegen die junge Dame etwas schämen mochte, sagte einige freundliche Worte hinzu. Sie hielt sie zurück.“

„Das hat Zeit, meine Damen, das eilt durchaus nicht so! Ich habe vorher noch einige Worte mit Ihnen, einige sehr ernste Worte.“

„Doch nichts Unangenehmes?“ unterbrach mich die Käsin eifrig.“

„Ja, bit! Ich, Frau Linder, beruhigen Sie sich — es ist nur Schlimmes, im Gegenteil, denken Sie mal an was recht, recht Angenehmes, seien Sie mal so recht von Herzen vergnügt.“

„Ja, Gentel, seien Sie nicht vergnügt!“ unterbrach ich sie schnell. „Da kann ich Sie unmöglich auf die Mittelhand vorbereiten, die ich Ihnen zu machen habe. Und vor allen Dingen seien Sie sich in me Damen!“

Fortsetzung folgt.

Der Reklamote.

Hambourischer Roman von Robert Wisk.

Fortsetzung.

„Jetzt verbiest's Ihnen zum letztenmal. I behl nei Joseph für Sie, sondern gnädiges Fräulein. Und wenn Sie denken, daß i mich von Ihnen trozeln lasse — und überhaupt die ganze Ar. und We! in diesem Hause post mit net. I las mit net so kletter'n. Geh'n's Frau Roland von mir und die Käsin aus, und mich jeh'n's nimmer wieder. I rei' noch heut nach München jurid. W'at' Ihna Gott.“

„Ich war plötzlich so vergnügt — so vergnügt... ich weh' nicht mehr! D ne u!“

„Und die Hände in den Taschen, täuselt ich nach meiner Verlobungsmelodie, dem Räuber aus dem 'Freischütz', im Zimmer umher.“

Joseph schaute mit erlauchten Augen zu. „Wiss'n's, Fräulein,“ sagte sie gemächlich — „i hab' Sie ja immer für a b-fel übergehannt gehalten — a bissel abg'färbt von Roland! I hab' in verdrückt?“

„Wenn Sie wüßten, wann sie wüßten!... lachte ich übermütig. „Sie wüßten das nicht fagen!“

„Was soll ich denn wissen?“

„Dabei sagte sie sich wieder, die Hände auf ihren Schürzen geklopft, und sah mich so lieb und fragend an, daß ich sie nicht lassen konnte. Die gute nette Mädel! Ich hätte nur wirklich vorrecht geant! Ob ich sie nicht in me n Schenke mitnehme? Sie meinte es gut mit Roland und seiner Familie.“

„Sie mit ihren weiblichen Takt konnte die Nachricht den Damen widerstehen am liebsten herbringen.“

„A — Sie sollen wissen — mein großes Geheimnis!“

D Joseph — Sapphel — nein, ich mag Sie jetzt so nennen — Sapphel, wollen wir von jetzt ab gute Freunde und getreue Kameraden sein?“

„Ich streckte ihr die Hand entgegen, in die sie zögernd einfiel.“

„Oh, das meck i mit er überlegen, ob ich Ihnen trauen kann. Verdient haben i mit net! Und jetzt schreien's los mit Ihrem großen Lebensm.“

„Das meck nicht so schnell, mein liebes Fräulein, da muß ich Sie erst überzeugen. Haben Sie haat' Nerven?“

„Wach'n's mit dem mit o Angst! rief sie halb erschrocken halb ängstlich. „Ich sturze ja schon an allen Gliedern.“

„Angst brauchen Sie ja nicht zu haben, aber für Sie Nerven — also — ich sag'le Sie ja — Roland lebt!“

„Sie sind einen geliebten Scherz aus —“

„Jesse, Maria und Joseph! A Gas Wasser, ich bit' Sie!“

„Ehe ich ihr jedoch etwas reden konnte, sprang sie schnell auf. „Nei mehr, I mach'n sich feier'n Zug mit mir?“

„Aber Joseph, mit io was? Bei! Ich zog schnell Roland's Brief aus der Tasche. „In habe es ja auch erst gestern erfahren durch bi-en Brief von ihm.“

„Ja wo ist er denn?“

„Ich erklärte ihr nun alles und las ihr den Brief vor, d. h. ich verachtete, ihr die vorzulesen. Aber mit Leben, Schrecken, Reue und fremdem Stommen me ewa: „Heimlich hat er erlobt der arme, arme Schind! Jesse kann ich er gewell'n“ unterbrach sie mich fortwährend. „Wir ich schick'ich g'rechtig ausstier: „A, dann seien Sie vor den Brief ab, vor bi in ich überlegen noch nicht fertig. I hab' dabei haben die beiden Damen nach keine Ängst davon...“



ab sie nur einmalig oder dauernd gewährt werden. Auch Zuschüsse, freiwillige Zuwendungen, Entschädigung, Beiraten, Beteiligungen oder durch einzelne Druckvergnügesteile erzielte Gewinne gehören zum Einkommen. Dagegen gehören zum steuerpflichtigen Einkommen nicht einmalige Vermögenszuflüsse, da diese schon durch die Erbschaftsteuer erfasst werden, Ausstattungen, und Aussteuer für junge Eheleute, Kapitalempfang auf Grund von Lebens-, Unfall- und sonstigen Kapitalversicherungen, Kapitalabfindungen auf Grund gesetzlicher Vorschriften, sowie die Versorgungsgeheimnisse, die einem Steuerpflichtigen aus dem Wittwenverhältnis zufließen, ferner die Besätze aus einer Krankenversicherung, Besätze aus öffentlichen Mitteln zum Zweck der Ausbildung in Kunst und Wissenschaft, die Naturalbesätze der Wehrmacht und die Ehrensolde einer Kriegsbeförderung.

Zugänglich zum Einkommen sind u. a. die notwendigen Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, die Mehrzuwendungen für den Haushalt, die durch eine Erwerbstätigkeit der Frau notwendig werden, Schulgängen, die Beiträge für alle gesetzlichen Zwangsversicherungen, die Versicherungsprämien für Tod- und Erlebensfall (bis 600 M. jährlich) sowohl für den Steuerpflichtigen wie für seine Ehegatten, Beiträge zur Sterbekasse bis zu 100 M. jährlich, die Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Berufshilfsvereinen und auch für Berufsverbände (Arbeitsgenossenschaften, Gewerkschaften usw., dagegen nicht die Beiträge für einen Konsumverein), Beiträge an Kulturverbände, militärische, gemeinnützige oder politische Vereine bis zum Gesamtbetrag von 10 pSt. des Einkommens. Nicht abzugsfähig sind Aufwendungen zur Verbesserung des Vermögens, zur Weichheitsentwicklung, zur Befreiung des Hausraumes und des Umherlagers der Familie und die Zinsen für das im Betrieb der Land- und Forstwirtschaft oder in einem gemeinnützigen Betrieb angelegte Vermögen.

Erhöhung der Zinsen u. Schenkungsgebühren. Im Wege der Verordnung ist eine Erhöhung der Gebühren für Zinsen und Sachverständigen erfolgt. Diese erhalten nunmehr das 2/3fache der bisherig in geltenden Gebührensätze. Die Sachverständigengebühr ist für jeden Tag auf 40 M. die Entschädigung für jedes Nachquartier auf 12 M. festgesetzt. Ferner sind die Tagelöhner und Reiseflosten der Schöffen und Geschworenen verdoppelt worden.

Eine harte Wühlung macht sich fast seit einer Woche allgemein bemerkbar. Es scheint, daß die jetzigen „Eisheiligen“ des Mai zu spät angefallen sind und erst mit dem Anfang Juni bei uns angelangt sind, denn statt bisher 25–30 Grad Wärme zu erleiden, schwingt sich das Quecksilber jetzt in einer Reihe von Tagen nur mehr bis zu 12–16 Grad hinauf. Dazu tritt öfters einnässiger dünner Regen, der die Temperatur auch noch drückt und besonders die Gurten sehr beeinträchtigt. Eine Besserung ist noch nicht vorzusehen und müssen wir diese Woche auch noch eine tüpfe hinnehmen.

Am 12. Wahlbezirk (Reg.-Bez. Merseburg) hatte die Reichstagswahl folgendes Ergebnis: Es wurden abgegeben für Gemey (D. N.) 132330 Stimmen, Gremer (D. N.) 98335, Delius (D. N.) 68636, Collet (Centrum) 6545, Krüger (S.) 61053, Krumm (L. S.) 310427, Schumann (Kom.) 10698. Als Abgeordnete entsandten dementsprechend unter Wahlkreis in den neuen deutschen Reichstag Landwirtschafsdirektor Gemey, Eisenwerder- und Bergwerksdirektor Bernhard Leopold-Galle für die Deutschnationalen Volkspartei; Rechtsanwalt Carl Gremer-Berlin für die Deutsche Volkspartei; Hofkammersekretär C. Delius-Galle für die Deutsche demokratische Partei; Landtagsabgeordneter und Justizkommissar Richard Krüger-Merseburg für die Alte sozialdemokratische Partei; Schriftführer Fritz Kauer-Berlin-Lichterfeld, Nebenfürer Wilhelm Koenen-Galle, Redakteur Bernhard Dümel-Berlin-Randow, Zigarrenfabrikant Gustav Naues-Eisenburg, Betriebsleiterin Marie Waidwig-Weißels für die L. S. P. D.

Wahlkreis. Die hiesige landwirtschaftliche Winterschule beginnt am 29. und 30. ds. Mts. die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Alle ehemaligen Schüler, die infolge Wohnortveränderung das Einladungsverbot nicht erreicht hat, wollen ihre Adresse umgehend Herrn Max Reichmann-Werburg, Hülfschleierstraße 9 unter Angabe der Zahl, der sie sich und die Angehörigen g. wünschigen Familienangehörigen (mit Wohnort) mitteilen. Es empfiehlt sich, nach Möglichkeit die Besuche in Merseburg und Ungarnd (eventuell Halle) unterlassen zu suchen, da die Geschäftsstelle nur eine beschränkte Zahl Quartiere zur Verfügung stellt. Ausst. mit Programm und Karte der Geschäftsstelle.

Camburg, 7. Juni. Bei der gestrigen Reichstagswahl wurden Stimmen abgegeben: für die Deutschnationalen 414, Deutsche Volkspartei 211, für die Unabhängigen 471, Kommunisten 7. Die Unabhängigen sind von 17 Stimmen auf 471 gestiegen. Die Wahlberechtigung betrug über 80 u. H.

Wagzburg, 6. Juni. Seit längerer Zeit wurde beobachtet, daß hier falsche Geldmarken in Verkehr kamen. Jetzt gelang es der Kriminalpolizei, in der Wohnung eines Hauses der Kl. Deszorfstraße eine vollständige einseitige Versuchung zu ermitteln, in welcher der Steindruckerkönig, Obermeisterstraße 16, unter Mitwirkung des Justizrats Karl Ritter, Str. Deszorfstraße 229, die wertvollsten Marken in unerschütterlicher Zahl herstellte. Eine große Menge fertiger und in Herstellung begriffener Marken wurden dort vorgefunden. Die übrigen Familienmitglieder des Mitter hatten den Großteil dieser falschen Marken abgenommen und sollen sich damit bereits Vermögen erworben haben. Festgestellt wurde hierbei auch, daß die Mitterschen Töchter in der Buchdruckerei von H. H., wo diese Marken amtlich hergestellt wurden und sie als Arbeiterinnen beschäftigt waren, die falschen Marken vertrieben hatten.

Weimar, 7. Juni. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Fürtengruft auf dem Alten Friedhofe erbrochen und die Sargophge des Herzogs, Schillens und der Gräfin, die Gräfin von Sachsen-Weimar beraubt. Vom Sarge des Herzogs wurde der goldene Kranz, welchen die deutschen Frauen der Stadt Prag zu Goethes 50 jährigem Todestage gesandt hatten, entwendet. Ferner der silberne Kranz, dem Sarge Schillers, den die Hamburger Frauen zu Schills 100 jährigem Ge-

burtsfest gestiftet haben. Außerdem wurde der große silberne Kranz, von den holländischen Frauen der Großherzogin Sophie gestiftet, von dem Sarge gestohlen. Die Einbrecher, welche wahrscheinlich einer internationalen Bande angehören, von denen man aber bis jetzt noch keine Spur hat, hatten ein Fenster der griechischen Kapelle, die hinter der Fürtengruft liegt, erbrochen und waren von hier aus nach dem Raum der Fürtengruft gelangt.

Rudolstadt, 3. Juni. Der hiesige Stadtrat, dem durch die Wohnungsnot täglich vermehrte Sorgen erwachen, verfährt, daß Braupreise nicht darauf rechnen können, in absehbarer Zeit eine Wohnung zu erteilen. In die Liste der Wohnungsuchenden wurde sie nicht mehr aufgenommen. In Rudolstadt ist die Heiratstatistik so stark, daß man sich genötigt sieht, die Anordnung eines weiteren Ausführgastens für Aufgebote ins Auge zu fassen.

Götha, 7. Juni. Aus der Hoffnung, unermittelt zu bleiben, wird immer wieder der Versuch gemacht, Angehörigen bedenklichen Inhalts bei den öffentlichen Blättern aufzugeben, und zwar ist es meistens so, daß dies von dem Nachbarn aus geschieht, so daß bei der Annahme der Anzeige nicht sofort die Unwahrscheinlichkeit erkannt werden kann. In einem solchen Falle, d. v. vor dem hiesigen Schöffengericht zu entscheiden war, gelang es aber, dem Arbeiter B. aus Gochmonra als den Auftraggeber für eine Verleumdung im „Göthaer Anz.“ zu überführen, durch den zwei Familien in Gochmonra hart blamiert worden waren. B., der trotz der eidlichen Aussage des Beschuldigten auf das Barredische legnete, wurde für diesen infamen Streich mit 100 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis bestraft, wozu noch die Kosten des Verfahrens kommen, während dem Beschuldigten das Recht der Veröffentlichung des Urteils zugesprochen wurde.

Apolda, 6. Juni. Nach einer Bekanntmachung des Gemeindevorstandes versuchten in Apolda, besonders bei alleinstehenden Frauen, fleischliche Bestellungen auf photographische Vergrößerungen aufzunehmen. Nach dem Bekleidete, der sehr raffiniert gekleidet ist, gemerkt man bei nicht ausgenauer Beachtung den Einbruch, daß man so ein Bild für 8 M. erhalten könne. Es werden Anknüpfungen verlangt, und der Beschuldigte behauptet auch, für diesen Betrag erhält der Besteller jedoch nicht das erhoffte Bild. Für ein solches wird nicht 8 M., sondern 75 M. und darüber hinaus verlangt. Zahlt der Verkäufer den Betrag nicht, so sieht er weder von der Anziehung noch von dem bettelten Bild etwas wieder. Der Gemeindevorstand warnt vor dem mit „Schwindel“ zu bezeichnendem Geschäft.

Coburg, 4. Juni. Der Prämer Menge in Erfurt, der im vorigen Jahre aus der Gegend von Rodach auf dem Seilhandelswege Butter in größeren Mengen nach Erfurt verfuhr und sie dort mit außerordentlich hohem Gewinn veräußerte, wurde gestern vom hiesigen Bundesgericht zu einem Jahr Gefängnis und 12000 M. Geldstrafe verurteilt.

In Weimar im Kreis Weimarfeld wurde der Agent Habeland aus Durlingburg in dem Augenblick verhaftet, als er gerade wieder 2 Waggons Jute für 300 000 M. vertrieben hatte.

Die Unmetterschäden im Kreis Weimarfeld, über deren verheerende Folgen berichtet wurde, belaufen sich auf ungefähr 25 Millionen Mark.

Volkswesen und Wirtschaft.

Das Aeußere der Weizenmarkte ist geändert worden. Der bisherige Ausdruck „Weizenmarkte“ ist fortgelassen worden. Sie lauten jetzt wie folgt: 53. Der Gebiet des Weizenmarktes trägt neben anderen zweimal den Ausdruck „Weizenmarkte“, Weizenmarkte 50 a Gebäu. Ammiten dieser Aufzählung befindet sich der in grüner Farbe besetzte Weizenmarkte. Sollen nur 50 Gramm Weizen entnommen werden, so muß die Weizenmarkte in der Mitte geteilt werden. Der Druck ist wie bisher auf gelbem Papier mit durchlaufenden Buchstaben in zwei Zeilen besetzt. Durch die Einführung der neuen Weizenmarkten wird die Gültigkeit der jetzigen nicht berührt. Es gelten also bis auf weiteres die alten und neuen Weizenmarkten nebeneinander. Es ist aber beabsichtigt, die jetzt gültige Weizenmarkte in einiger Zeit für ungültig zu erklären. Im Austausch der alten in neue Marken ist nicht möglich. Von 7. Juni ds. Mts. ab findet eine Abklärung der Marken bei den Kommandanten der Postämter in Weizenmarkten nicht mehr statt. Von diesem Tage ab werden den Verbrauchern Weizenmarkten nach Maßgabe der in der Wohnortgemeinde gewöhnlichen Wohnortmenge an Brot ausgeteilt.

Der Weizen in Frankreich. Die Weizenpreise, die auf dem Pariser Markt einsehen und die für manche Branchen den Umfang einer Kaufverträge annehmen, sollen nach Ansicht der Sachverständigen hauptsächlich auf die guten Ernteverhältnisse zurückzuführen sein, die aus Amerika kommen. Das Sinken der Weizenpreise beeinflusst den ganzen Lebensmittelmarkt und wird bald den gesamten Nahrung durchbrochen haben. Unter den Pariser Schießern — man nennt sie dort mercantis — ist die Aufregung groß, und selbst für man von Wandern, die der gehenden und naturgemäßen Bewegung entgegenkommen sollen. So haben einige Reichthümerhändler ihre Aktien in der Bourse aufgegeben, ihre Baren zurückgehalten, und so ist es gekommen, den Pariser Marktbesitzern vorigen Samstag wieder in die Höhe zu drücken. Selbstverständlich können solche Anschläge die allgemeine Erleichterung nicht aufhalten: das Publikum sagt Mut und weigert sich, die alten Preise zu zahlen, die namentlich für die Weizen eine maßgebende Rolle spielen (ein Weizen 27 Fr., eine Metze 42 Fr., eine Erdbeere 2 25 Fr.). In Weizenfeld sind alle Kolonialwaren gewaltig gefallen, Strohhalm von 615 auf 460, Palmöl von 610 bis 455, Kaffee, Kautschuk und namentlich Leder finden ebenfalls. Der Präsident des Pariser Weizenmarktes erklärt, daß die Preise für Schuhen schon in ganz kurzer Zeit herabgesetzt werden.

Die Förderung der hiesigen nach Sachverständigen wird in einer von der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin verfaßten Erklärung auf ihre Berechtigung hin untersucht. Nach Vorlegung der Gründe, die gegen einen solchen Bildungsanstalt der Lehrer sprechen, heißt es zum Schluß: „Die Universität erkennt an, daß jeder Lehrer wissenschaft-

licher Erhaltung bedarf; aber durch einen allgemein verständlichen, gleichmäßigem Unterrichtsstudium würden die Anforderungen an den einzelnen überpaßt werden und zugleich die sehr mannigfachen Aufgaben zu kurz kommen, welche die Volkserziehung als Ganzes darstellt. Auf Grund dieser Überlegungen, über die ganze Zukunft unserer Nation entscheidenden Grundungen, welche die Universität Berlin den nachdrücklichsten Einbruch dagegen entgegen, daß die Ausbildung der Volkshilfskräfte ausschließlich auf die Universitäten übertragen wird; denn das wäre eine Verengung der Ausbildung der Volkshilfskräfte selbst. Dagegen wird die Ausgestaltung bildungsgünstiger Hochschulen nach ihrer sachwissenschaftlichen Seite hin durch die Kräfte, die sie besitzt, zur Verfügung stellen.“

Wettbewerbe in der Schule. Die Wettbewerbe soll in der Schule mehr als bisher gepflegt werden. Auf eine Anregung des Landwirtschaftsministeriums hat der preussische Minister für Volksbildung die Regierungen beauftragt, die Schulunterrichtspflichtigen sowie die Lehrer und Lehrerinnen von neuem auf die Wichtigkeit eines unermüdeten Unterrichts in der Wettbewerbe hinzuwirken. Vor allem gilt dies für die ländlichen Schulen. In dieser Hinsicht soll den Lehrern der Wettbewerb gelöst werden. Die nächsten Wettbewerbe können von der nächsten Winterferien ab besogen werden. Der Bezug kann verküfft werden, wenn die Kreisbehörden einen Sammelbezug für alle Schulen des Kreises einrichten.

Schüler und Lehrlinge. Wenn die Aufgaben des Lehrers und Lehrlings an die Schüler zu übertragen, daß noch gewaltige Lebensmittelmengen von unerschättem Umfang sich in den Händen von deutschen Schülern befinden, und daran kann man nicht aufpassen, dann muß aus dieser Ursache die notwendige Konvention gezogen werden, und die heißt: Nichts für Schüler und Lehrlinge. Es geht nicht länger an, daß die Schüler und Lehrlinge, während diese hiesigen Leute die Taschen mit Geld füllen. Jede Nummer hat ihre Grenzen.

América als Kontrakt. Nach einer Vereinbarung aus Washington hat ein Senator längst im Senat Erklärungen darüber abgegeben, daß eine amerikanische Gesellschaft sich mit einer englischen zur Gründung eines großen Werkes in der Nordsee vereinigt hat. Ein anderer Senator wies darauf hin, daß dadurch der amerikanische Konvention sich alle Vorteile sichern, die der englische Konvention durch die Beschaffung des deutschen Kontraktmaterials habe.

Wermischtes.

Lebensmittelpreise auf dem Tempelhofer Felde. Der Markt an dem Oberberg bei Dr. Homberger ist jetzt vollkommen aufgelöst. Der Doktor Brode hat seine auf die Stelle bezogen, an der er die noch fehlenden Teile der Menge vergraben hat. Das meiste von der Mäher an die angegebene Stelle auf der Rückseite des Tempelhofer Felde geht ab, und es hat mit demselben Spaten, mit dem er die Mäher früherer vergraben hat, im Morgenrauschen die Mäher wieder geöffnet. Der Kopf des Mäheres war in ein Jacht eingewickelt und in eine Handtasche gepackt, in der sich auch die Spähe und der Putz des Mäheres befanden. Die abgenommenen Beine, Arme und Hände sowie Strümpfe, Hosen und Hüte lagen daneben in der Sande. Als Probe der Mäherstücke bloßgelegt, fiel er in Ohnmacht. Der Mäher behauptet, Frau Homberger habe die Bestattung der Leiche gegen allein vorgenommen.

Wogt bleibt dabei, daß er durch seine Tante in monatelangen Drängen zu der Tat angehetzt worden ist und daß er schließlich abgesetzt habe, was sie von ihm verlangte. Die Gegenüberstellung der Frau Homberger mit ihrem Neffen und Wochelher soll heute vor sich gehen.

Lebensmittelpreise in Graz. Montag früh kam es in Graz wegen der hohen Lebensmittelpreise zu schweren Ausschreitungen. Es fanden Zusammenstöße statt, wobei sechs Personen getötet, acht schwer verletzt, und zahlreiche andere leicht verletzt wurden. In der Nacht wurden in Graz mehrere ein dreifacher Generalstreik verkündet. Die Bestimmungen erschienen nicht, die Geschäfte sind geschlossen, nur die Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet. Ursache des Streiks ist, daß die Bevölkerung seit sieben Wochen kein Brot und seit fünf Wochen kein Mehl erhalten hat. Unter diesem Mangel leiden natürlich auch die Kürschner, die mit der Bevölkerung hantabieren.

Zur Erkrankung der Kaiserin. Die Londoner „Globe“-Agentur meldet, daß die Ursache der Erkrankung d. Kaiserin ein Giftmischverbrechen gewesen sei. Es ist ein Giftmischverbrechen, das lebenslang von Kaiserin Drona durch einen unglücklichen Arbeiter verursacht wurde. Man weiß noch nicht, welche Wirkung der mephitische Pfleger hatte. Am folgenden Tage sind zwei verdächtige Personen an der Einweisung zum Hofe festgenommen worden. Seit diesem Tage haben etwa 10 Soldaten der holländischen Polizei und Detektivs in Zivil das Schloß besetzt. Der Kaiser hat nicht mehr das Recht, das Schloß zu verlassen, bevor er den Kommandanten der Polizeitruppe verständigt hat, der ihn im allgemeinen auf seinen Ausflügen begleitet.

Geschäftliches.

Einige Fälle Strafverfahren gegen Soldaten. Der hiesige Justizminister hat laut der amtlichen Nachrichten die Bestimmung des Strafverfahrens gegen eine Anzahl verfassungstreuer Unteroffiziere und Mannschaften des Feldbergers Reichswehrbattalions ohne weitere Ermittlungen eingeleitet, da die vorliegenden Straftaten nämlich die Fortsetzung der Disziplinierung verschiedener Offiziere des Matillions, weil sie sich öfter zur Regierung Kampfbildung bekannt hätten, aus Mistran gegen die verfassungstreue Haltung der Offiziere und zur Abwehr des Kampfbildung benommen wurden, wobei bei der Täter offensichtlich der festen Überzeugung waren, ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glauben.

Unsere Geschäftsstelle

von früh 7 Uhr bis abends 7 geöffnet.
Am Abholung der Zeitung bis 7 Uhr abends bis 5 Uhr geöffnet.
Die Geschäftsstelle.

Wöchentliches Anzeiger

für Teubern

und Umgegend



Abzugspreis: Die halbjährliche Kopiergebühr 40 Pfg. Anzeigenpreis 60 Pfg.
 Abzugsgewinnnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, jederstraße 10
 von 10 Uhr bis 12 Uhr. Frühere und komplizierte Anzeigen
 müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.
 Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Mittwochs und Freitag,
 abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtagsfristige Bezugspreise: nach unten bezugsfreie 5,50 M.
 von unten unten und nach oben 5,90 M. und nach oben
 Briefträger 10. Einzelnummer 15 Pfg.

Stichtagsfristige und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-
 schäftsstelle, jederstraße 10, auch von unten unten und oben
 bezugsfrei angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teubern.

№ 68

Donnerstag, den 10. Juni 1920

59. Jahrgang

Wehrlosigkeit.

Daß wir den Friedensvertrag von Versailles nicht
 fähig zu unterschreiben brauchen, wenn Reichserneuerung
 und Rationierungsvermittlung vor einem Jahre fähig
 bewahrt hätten, ist durch die Enthüllungen des fran-
 zösischen Senators Fardeau, des zweiten Reichsprä-
 sidenten Frankreichs bei der Friedenskonferenz hinläng-
 lich bekannt geworden. Der damalige deutsche Minis-
 ter des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rangau, der
 in Versailles amfand war, hatte die Situation rich-
 tig beurteilt. Dieser Fehler der deutschen Regierung
 war aber schon der zweite: vorausgegangen war ihm
 die übertriebene Erklärung, die uns wehrlos gemacht hat
 und zu der sein Antrag vorlag. In diesen beiden
 politischen Fehlern und ihren Folgen haben wir fort-
 gesetzt gelitten: niemand hat unsere Verluste nicht
 wir nicht einmal einen Krampf, geschweige denn einen
 Stöbel in der Faust haben. Gerade weil Frankreich
 die Wehrlosigkeit bedauert, dürfen wir nicht nach-
 werden, ein und

Das sind im ganzen 33. Mandate, davon hat die
 bisherige Koalition 193, die Opposition der Rechten
 103, die der Linken 73 Mandate, die restlichen ge-
 hören den kleinen bürgerlichen Gruppen an. Anderer-
 seits stehen 170 Abgeordnete der drei sozialistischen
 Parteien 223 bürgerlichen Abgeordneten gegenüber.

Das Ergebnis der einzelnen Wahlkreise
 Nach den Ergebnissen der einzelnen Wahlkreise
 ergibt sich folgendes Bild, wobei die Listenverbindungen
 mit den Wahlkreisbesitzern und der Reichsliste noch
 nicht berücksichtigt sind:

1. Ostpreußen (Abstimmungsgebiet): 2 Dnat.,
1 D. Rp., 1 Zentr., 3 Dem., 7 Soz.
2. Berlin: 1 Dnat., 2 D. Rp., 1 Dem., 3 Soz.,
7 Unabh. Soz.
3. Potsdam II: 1 Dnat., 2 D. Rp., 1 Dem., 1 Soz.,
2 Unabh. Soz.
4. Potsdam I: 2 Dnat., 2 D. Rp., 1 Dem., 3 Soz.,
4 Unabh. Soz.
5. Pommern: 4 Dnat., 2 D. Rp., 2 Soz., 2 U. Soz.
6. Westfalen (Abstimmungsgebiet): 1 Dnat.,
1 D. Rp., 1 Zentr., 1 Soz., 1 U. Soz.
7. Westfalen (Abstimmungsgebiet): 1 Dnat., 8 Zentr.,
1 Dem., 5 Soz.
8. Westfalen (Abstimmungsgebiet): 1 Dnat., 4 Soz.,
1 U. Soz.
9. Westfalen (Abstimmungsgebiet): 1 Dnat., 2 D. Rp.,
1 Dem., 1 Soz.
10. Westfalen (Abstimmungsgebiet): 1 Dnat., 1 D. Rp.,
1 Dem., 1 Soz.
11. Westfalen (Abstimmungsgebiet): 1 Dnat., 1 D. Rp.,
1 Dem., 1 Soz.
12. Westfalen (Abstimmungsgebiet): 1 Dnat., 1 D. Rp.,
1 Dem., 1 Soz.
13. Westfalen (Abstimmungsgebiet): 1 Dnat., 1 D. Rp.,
1 Dem., 1 Soz.
14. Schleswig-Holstein (Abstimmungsgebiet): 1
Dnat., 1 D. Rp., 5 Soz., 1 Schlesw.-Holl.
15. Hamburg: 1 Dnat., 1 D. Rp., 1 Dem., 3 Soz.,
1 U. Soz.
16. West-Ems: 2 D. Rp., 2 Zentr., 1 Dem., 1 Soz.,
1 U. Soz.
17. Hannover-Verden: 1 Dnat., 3 D. Rp.,
4 Soz., 2 U. Soz., 1 Schlesw.-Holl.
18. Hannover-Nord: 1 Dnat., 3 D. Rp., 4 Zentr.,
3 Soz., 1 U. Soz.
19. Westfalen-Süd: 1 Dnat., 3 D. Rp., 5 Zentr.,
4 Soz., 3 U. Soz., 1 Kommunist.
20. Westfalen-Süd: 1 Dnat., 2 D. Rp., 2 Zentr.,
1 Dem., 4 Soz., 1 U. Soz.
21. Westfalen-Süd: 1 Dnat., 2 D. Rp., 2 Zentr.,
1 Dem., 3 Soz., 1 U. Soz.
22. Groß-Hessen: 1 Dnat., 1 D. Rp., 1 Zentr.,
1 Dem., 3 Soz., 1 U. Soz.
23. Klein-Hessen: 1 Zentr., 1 Soz., 1 U. Soz.
24. Koblenz-Trier: 2 Zentr., 1 Soz.
25. Düsseldorf-Est: 2 Dnat., 2 D. Rp., 3 Zentr.,
1 Soz., 3 U. Soz.
26. Düsseldorf-West: 1 Dnat., 2 D. Rp., 5 Zentr., 1 Soz.,
1 U. Soz.
27. Oberbayern-Schwaben: 6 Bayer. Rp., 2 Bauern-
bund, 2 Soz., 2 U. Soz.
28. Niederbayern-Oberpfalz: 2 Bayer. Rp.,
2 Soz., 2 U. Soz.
29. Franken: 2 Dnat., 3 Bayer. Rp., 1 Dem.,
2 Soz., 2 U. Soz.
30. Pfalz: 1 D. Rp., 1 Bayer. Rp., 1 Soz.,
2 Soz., 2 U. Soz.
31. Dresden-Raunich: 1 Dnat., 2 D. Rp., 1 Dem.,
2 Soz., 2 U. Soz.
32. Leipzig: 1 Dnat., 2 D. Rp., 4 Soz.,
5 Soz., 2 U. Soz., 1 Kommunist.
33. Chemnitz-Bautzen: 2 Dnat., 2 D. Rp., 1 Dem.,
2 Soz., 2 U. Soz.
34. Bismarckberg: 4 Dnat., 4 Zentr., 2 Dem.,
3 Soz., 2 U. Soz.
35. Baden: 1 Dnat., 1 D. Rp., 5 Zentr., 1 Dem.,
3 Soz., 1 U. Soz.

a. D. Hoffmann, fähig. Ministerpräsident Graf. Reichs-
minister Schmidt.

Unabhängige Sozialdemokraten: Fritz Rich, Eich-
horn, Scheibler, Grieben (alleamt gewählt), Adolf
Hoffmann, Dittmann, Düvel, Brack, Jübel, Dämmig,
Dr. Reichardt, Bad-Gotha, Senke,
Kommunisten: Clara Jettin, Hedert.
Der Welle Coleborn, die Bayern Dr. Heim, Reichs-
minister a. D. Dr. Haber, Eisenberger u. d. a.

Rücktritt der Reichsregierung.

Das bisherige Kabinett führt die Geschäfte vorläufig
 weiter.
 Das Reichskabinett hat sich Dienstag mit-
 tag um 12 Uhr versammelt und dem Reichspräsidenten
 seine Demission angeboten. Der Reichspräsident
 hat sie angenommen und die Minister gebeten,
 bis auf weiteres die Geschäfte weiterzuführen.
 Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, darauf
 hinzuwirken, daß eine tunlichst beschleunigte Beschlei-
 dung des Wahlergebnisses und Endernungung des
 Reichstages erfolgen soll.

Wie von offizieller Seite geschrieben wird, sei an-
 zunehmen, daß der Reichspräsident sofort bei Ankom-
 men des neuen Reichstages den bisherigen Reichs-
 kanzler Hermann Müller auffordern werde, die Bil-
 dung einer neuen Regierung zu versuchen. Es liegt
 der Hand, daß dieser sich dann zunächst an die U. S. P.
 wenden werde, damit diese einen ihrer Wählerzahl
 entsprechenden Einfluß in der Regierung erhalte und
 ein zweites Mandat von Verantwortung übernehme.
 Müller den Auftrag der Kabinettmission zurückgeben
 über

Die Stellung der Deutschen Volkspartei
 wird von Seiten führender Persönlichkeiten der Partei
 diskutiert. Die Partei sei grundsätzlich bereit,
 sich an einer Regierung zu beteiligen, in der auch die
 Arbeiterpartei vertreten seien, jedoch unter der
 Voraussetzung, daß die Partei ihren Grundgedanken
 bleiben kann. Man vertritt innerhalb der D. V. P.
 die Ansicht, daß sie mit den Deutschen Sozial-
 demokraten durch den nationalen Gedanken aufs engste ver-
 bunden ist. Aus diesem Grunde würde man großes
 Gewicht darauf legen, daß auch die Sozialdemokraten
 in eine Koalition eintreten, an der die Volkspartei
 teilhaben. Doch sieht die Volkspartei keinen Anlaß,
 sich anzubieten, die Frage des Eintritts in eine Koali-
 tion Stellung zu nehmen.

Die Stellung der Sozialdemokratie
 schreibt der „Vorwärts“, nachdem es als einzige theo-
 retische Möglichkeit eine Erweiterung der bisherigen
 Koalition nach rechts oder links bezeichnet hat: Die
 Sozialdemokratie lehnt die Beteiligung an einer nach
 rechts orientierten Koalition ab. Das Zusammengehen
 mit bürgerlichen Parteien war für uns bisher immer
 ein schweres Opfer, es findet aber keine bestimmte
 Grenze dem republikanisch-demokratischen Grund-
 charakter der Regierung. Das gemeinsame Ziel
 zur Demokratie und Republik war die Plattform, auf
 der unser Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Mit-
 telparteien bisher möglich war. Diese Plattform würde
 aber verschwinden, wenn eine Partei auf offen mono-
 archischer und antidemokratischer Grundlage die
 Deutsche Volkspartei in die Koalition hineingewonnen
 würde. Er wünscht, daß die Unabhängigen mehr
 politische Einfluß zeigen als bisher und eine Erweite-
 rung der Koalition nach links hin möglich
 machen. Als kleine Oppositionspartei konnten sie sich
 den Luxus der Verantwortungslastigkeit leisten. Jetzt,
 wo sie mitansprachgebend geworden sind, würde sie
 die Verantwortung beladen.
 Die Demokraten erklären, an keiner Koali-
 tion, die die Sozialdemokratie unberücksichtigt läßt, teil-
 nehmen zu können.

Die Unabhängigen
 erklären ihre Opposition etwas verflüsselt. Sie
 fragen, ob die Rechtssozialisten die Koalitionspolitik fort-
 setzen werden. Sie können sich fürchten, daß sie, wenn
 sie gezwungen werden, positiv zu arbeiten, nicht in
 der Lage sein werden, ihre Wahlergebnisse zu
 erfüllen und daher Anhänger zu verlieren. Sie be-
 ziehen vorläufig die stärkste Meinung, in der Oppo-
 sition zu bleiben.

Auslands-Rundschau.

24 händler Generalkonferenz in Holland. Die
 niederländischen Gewerkschaften haben für den 8. Juni
 zum Zeichen des Protestes gegen das in der Kammer
 eingebrachte Gesetz gegen revolutionäre Maßnahmen
 einen 24händler Proteststreik für Amsterdam, Rotter-
 dam und Haag angeordnet.

colorchecker CLASSIC

erschlossen, so wird es ihnen erst recht verlockend er-
 scheinen, sich an Deutschland schadlos zu halten. Und
 die Entente wird nichts tun, als abwarten, wie dies
 Interesse enden wird.

Die schlimmste Folge der Wehrlosigkeit ist aber,
 daß sie den Geist des alten Furor teutonius, vor dem
 die ganze Welt Angst hatte, absterben läßt. Wenn
 alle unsere Gedanken sich nur ums Geld drehen, dann
 ist es mit uns für die Zukunft vorbei. Ein Kabinett-
 rigger hat noch niemals ein Volk. Manachale Geis-
 tesgegenwart haben wir im letzten Jahre doch nicht
 bloß einmal erlebt. Deshalb kann dieser Zustand der
 erschaffenenden Wehrlosigkeit nicht in Permanenz er-
 hält werden, das würde äußere wie innere Macht-
 losigkeit bedeuten. Wir müssen ein Mittel finden,
 um aus diesem Zustand der Wehrlosigkeit wieder herauszu-
 kommen, nicht um kleine Vorarbeiten, sondern um
 Kraft und Edelmütigkeit noch jeder Seite hin zu schaffen.
 Das ist und verhoffentlich ist heute ziemlich offenkla-
 rend. Und das geht nicht an. Wm.

Das Wahlergebnis.

393 Abgeordnete, davon nur 193 der bisherigen
 Mehrheit.

Bis Dienstag mittag lagen die Ergebnisse aus
 allen Wahlkreisen vor. Es sind danach an Stimmen
 abzulesen für

Sozialdemokraten	4 760 656
Unabhängige Soz.	4 134 902
Deutsche Volkspartei	3 193 421
Zentrum	2 787 230
Deutschnationale Vht.	2 002 167
Demokratische Partei	794 257
Kommunisten	393 272

Danach entfallen an Mandaten auf die einzelnen
 Parteien: Dnat. 48 (einschl. 4 aus den Abstimmungs-
 gebieten), D. Rp. (einschl. 2) 55, Bayer. Rp. 13, Zentrum
 (einschl. 9) 64, Weissen 3, Pfalz, Bayernbund 3, De-
 mokratische Partei 42, Soz. (einschl. 18) 97, U. S. P.
 69, R. P. D. 4, Bayer. Bauern 2, Schleswig-Holl. 1.

Unter den bereits fähig gewählten Abgeordneten
 sind folgende Namen hervorzuheben:
 Deutschnationale Volkspartei: Reichskanzler a. D.
 Dr. Helfferich (dreimal gewählt), Staatsminister a. D.
 Dr. Brüning, v. Graefe-Goldbecker, der Arbeiter-
 führer Franz Behrens, Weis-Mat Dr. Sartmann, Frau
 Marg. Böhm, Dr. Hugenberg, der Parteivorsitzende
 Dr. Dergt u. v. a.

Deutsche Volkspartei: Universitätsprofessor Dr. Dr.
 Kraft, General a. D. Fehr, v. Lersner, Admiral
 Brinckmann, Dr. Richter, Dr. Graf Dohna, Dr. Strei-
 mann, Dr. Hugo, Generaldirektor Dr. Wegler, Staats-
 minister a. D. Dr. Heine.

Zentrum: Matthias Erzberger, Präsident Lehren-
 bach, Reichsfinanzminister Wirth, Reichspostminister
 Gieseler, Staatsminister Eberwald, Reichsgerichtsprä-
 sident, Herold, Parteivorsitzender Trimborn, Reichs-
 minister a. D. Dr. Wolf.

Demokratische Partei: Der Großindustrielle v. Sie-
 mens, Parteivorsitzender Senator Dr. Betensen, Konrad
 Kaufmann, Reichsminister a. D. Dr. Schäfer, Professor
 Dr. Schäfer, Reichsjustizminister Dr. Hana, Reichs-
 minister Dr. Deuburg, Dr. Kaduice, Reichsminister
 Koch, Prof. Dr. Bäumer.

Sozialdemokratische Partei: Mich. Fischer, Bürger-
 meister Stolten, Reichsminister Bauer, Reichs-
 schiffskapitän, Hermann Wolfenbühler, Oberbürgermeister
 Schömann, Parteivorsitzender Herring, Karl Legien, Edu.
 Bernheim, Franz Hoffe, Staatsminister Seubert, Otto
 Kue, Reichsminister a. D. Wiffel, Marie Zuchow,
 Reichsminister Dr. David, Staatsminister a. D. Muer,
 Reichsminister Hermann Müller, bahr. Ministerpräsident

